

**Gattung:** Online-Quelle**Nummer:** 3003377847**Visits (VpD):** 0,199 (in Mio.)**Unique Users (UUpD):** 0,070 (in Mio.)**Weblink:** <http://www.badische-zeitung.de/ortenaubereich/ein-ganzer-katalog-an-forderungen>

# Ein ganzer Katalog an Forderungen

## CDU-Landtagsfraktion stellt sich Bürgermeistern aus der Region.

ORTENAU (ddn). Was kann das Land für die Kommunen tun? Die CDU-Landtagsfraktion stellte diese Frage den Bürgermeistern aus der mittleren und nördlichen Ortenau – und sie bekam wohl mehr Antworten als erhofft. Von der rasant aufklaffenden Schere bei der Finanzierung der Kindergartenplätze bis zum ruppigen Verhalten der Telekom beim Ausbau des Breitbandnetzes präsentierten die Rathauschefs eine Fülle von Themen, die diese wohl nicht zum ersten Mal vorgetragen bekamen.

Die knapp eineinhalb Stunden reichten bei weitem nicht aus, um die Rathauschefs nach dem Gespräch im Renchener Rathaus mit dem Gefühl zu entlassen, nun wirklich etwas erreicht zu haben. Klar aber wurde, was man sich schon vorher denken konnte: Es geht (fast) immer ums Geld und die Erkenntnis bei den Kommunen, für die Beschlüsse von Bund und Land letztlich die Zeche zu zahlen.

Das Paradebeispiel dabei lieferte Acherns OB Klaus Muttach mit einer Beispielrechnung. Binnen sieben Jahren sei der Aufwand nur für den Betrieb der Kitas in Achern um rund 2,8 Millionen Euro angestiegen. Demgegenüber stünden Mehreinnahmen von gerade mal 452 000 Euro – davon gerade einmal 26 000 Euro aus den Kindergartengebühren. Das heißt: Unter dem Strich zahlt die Stadt, bezogen auf den kommenden Doppelhaushalt, 2,36 Millionen Euro jährlich drauf. "Wir leben", sagt Muttach dazu, "in finanziell ordentlichen Zeiten. Das macht vieles einfacher, aber

es macht auch leichtsinniger." Die Finanzierung der Kindergärten werde zum Problem. "Die Kirchen ziehen sich mehr und mehr aus der Finanzierung zurück, das müssen wir auch noch auffangen", ergänzte Seebachs Bürgermeister Reinhard Schmälzle. Meinrad Baumann, Rathauschef in Bad Peterstal-Griesbach: "Als ich vor acht Jahren angefangen habe, hatten wir 200 000 Euro Defizit in diesem Bereich, inzwischen sind es 450 000, Tendenz steigend." Dies sei der einzige Kostenpunkt im Etat, "der ins Uferlose steigt".

Handfeste Zusagen von der CDU-Fraktion gab es nicht: Man erarbeite, so der finanzpolitische Sprecher Tobias Wald, eine Gesamtlösung in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, darin würden die Kosten für die Betreuung in Grundschule und Kindergärten zugleich geregelt. Zufrieden waren die Rathauschefs mit dieser Antwort nicht: Die Politik, so Muttach, habe hier einen Rechtsanspruch geschaffen, nun müsse sie auch für die Finanzierung sorgen: Man habe hier klare Erwartungen.

"Die Wanka-Millionen, wo sind sie?", fragte Offenburgs OB Edith Schreiner und verwies auf die Schwierigkeiten der Kommunen, die noch immer auf klare Aussagen des Landes zur Finanzierung der Digitalisierung in den Schulen warten – ebenso wie bei der Sanierung der Schulhäuser, wo Offenburg derzeit Maßnahmen für rund 30 Millionen Euro im Lastenheft stehen hat. Nun warte man auf eine klare Ansage der Politik,

wie dies alles in Angriff genommen werden kann, ohne Zuschüsse zu gefährden.

Zwar stellte Tobias Wald eine Lösung für die Zuschüsse zur Schulsanierung für den Lauf des Jahres in Aussicht, doch dass auch die Mittel für die Digitalisierung der Schulen – bundesweit immerhin fünf Milliarden Euro – bald fließen werden, dafür sind die Aussichten gering. Das Ganze scheitere derzeit an verfassungsrechtlichen Erwägungen; Wege, das Geld direkt an die Kommunen auszuzahlen, seien nicht in Sicht, wie Innen-Staatssekretär Martin Jäger sagte. Dazu nämlich müsse eine Einigung des Bundes mit allen Ländern auf den Tisch, und "es gibt Landesregierungen, die nicht die Absicht haben, das Geld direkt an die Kommunen zu geben". Man habe, so Jäger in einem Stoßseufzer, "manchmal den Eindruck, dass wir uns zu Tode verwalten".

Es könne doch nicht sein, dass mit Millionenaufwand Parallelstrukturen geschaffen werden, beklagte Muttach auch die unübersichtliche Lage beim Ausbau des Glasfasernetzes. Die Politik sei gefordert, einen Rahmen zu schaffen. Hintergrund: Seit der Kreis und die Kommunen ihrerseits am Ausbau des Netzes werkeln, verstärkt die Telekom wieder ihre Bemühungen, das Internet schneller zu machen, und untergräbt so die Einigkeit der Kommunen, die der Kreis für sein Projekt dringend braucht.

**Wörter:**

622